

Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag **#sogehitsolidarisch** Mitte März 2025

Die Linke

Fraktion im
Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Innenausschuss hat sich mit dem [Gesetzentwurf der Linksfraktion](#) befasst, den 8. Mai neben dem Volkstrauertag und dem Totensonntag zum staatlichen Gedenk- und Trauertag zu machen. CDU und SPD haben einen Änderungsantrag vorgelegt – [ihre Änderungen am Gesetzestext tragen wir mit](#). Der Ausschuss hat dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen und wir sind zuversichtlich, dass das Parlament im März erstmalig einem Gesetzentwurf der Linken zustimmen wird. Der 8. Mai würde dann als „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa“ ins Gesetz über Sonn- und Feiertage aufgenommen.

Die Befreiung liegt 80 Jahre zurück – oben eine Szene aus London 1945. Es wäre ein gutes Signal, wenn der Tag der Befreiung in Sachsen zum Gedenktag werden würde. Eine Zustimmung wäre auch ein erster wichtiger Beleg dafür, dass die Minderheitskoalition es mit

der neuen politischen Kultur und dem Konsultationsmechanismus ernst meint. Im Landtag haben alle außer der AfD applaudiert, als Ministerpräsident Michael Kretschmer in seiner Regierungserklärung die Bedeutung des 8. Mai in bewegenden Worten gewürdigt hat.

Kevin Reißig, Pressesprecher

Inhaltsverzeichnis

1. Ende des Kreditverbots ist nötig – die dringlichste Aufgabe lautet aber, Reichtum gerecht zu besteuern
2. Pflege: Es ist längst fünf nach zwölf – linke Vorschläge auf dem Tisch
3. Lehrkräftemangel: Kultusminister macht viele gute Vorschläge, doch einige werden auf Kritik stoßen
4. Solidarisch mit dem Kita-Arbeitskampf – frühkindliche Bildung muss Priorität haben!
5. Sachsen braucht auch künftig ein zeitgemäßes Gesamtkonzept für den Kampf gegen die extreme Rechte
6. Zahl rechtsmotivierter Straftaten 2024 drastisch angestiegen
7. Weiter zahlreiche antisemitische Straftaten im Freistaat – doch der Verfolgungsdruck lässt stark nach
8. ICE-Anbindung der Landeshauptstadt verbessern, nicht verschlechtern
9. Reparaturbonus fortsetzen!
10. Auch das gibt's

Ende des Kreditverbots ist nötig – die dringlichste Aufgabe lautet aber, Reichtum gerecht zu besteuern

CDU/CSU und SPD planen, das Kreditverbot für die Bundesländer zu lockern und sie an einem Sondervermögen für Infrastrukturausgaben zu beteiligen. Die Linke plädiert seit langer Zeit dafür, das Kreditverbot abzuschaffen. Der Staat muss in die Infrastruktur investieren – sonst verschieben wir riesige Lasten auf die kommenden Generationen. Ohne Investitionsbremse wären keine Sondervermögen notwendig. Kredite für Aufrüstung wird Die Linke nicht mittragen. [Die dringlichste Aufgabe lautet indes, enorme Einkommen, Vermögen und Erbschaften gerecht zu besteuern.](#)



Pflege: Es ist längst fünf nach zwölf – linke Vorschläge auf dem Tisch



Fast wöchentlich gibt es alarmierende [Meldungen](#) zum Zustand der Pflegekassen. Auch die [Landesverbände von VdK und Barmer](#) weisen auf die sich weiter zuspitzende Lage hin – die Pflegezeiten werden länger, Eigenanteile bewegen sich auf die 3.000-Euro-Marke zu, pflegende Angehörige werden zu wenig unterstützt. [Die Linksfraktion hat für die verschiedenen Teilaspekte der Pflege](#)

[weitgehende Vorschläge auf den Tisch gelegt.](#)

Lehrkräftemangel: Kultusminister macht viele gute Vorschläge, doch einige werden auf Kritik stoßen

Konkrete Maßnahmen für eine bessere Unterrichtsversorgung ließen lange auf sich warten. Jetzt will die Staatsregierung [Schritte in die richtige Richtung gehen](#), doch das Ziel – die Absicherung des Unterrichts – liegt in weiter Ferne. [Wir unterstützen eine Reihe der Vorschläge des Kultusministers, zu einigen sehen wir aber großen Diskussionsbedarf.](#) Die



Staatsregierung wird zwar vieles, aber nicht alles ohne die Zustimmung des Landtages umsetzen können.

Solidarisch mit dem Kita-Arbeitskampf – frühkindliche Bildung muss Priorität haben!



Die Beschäftigten der Kindertagesstätten und Horte im Freistaat stehen im Arbeitskampf. In Sachsen fehlt Kita-Personal, trotz sinkender Kinderzahlen. Ohne ordentliche Einkommen wird es kaum gelingen, genug Fachkräfte zu gewinnen. Die Beschäftigten in den Kitas und Horten sind keine Großverdiener. Sie leiden wie die Mehrheit der Bevölkerung unter den

hohen Preisen und Wohnkosten. [Wir unterstützen die Gewerkschaften und fordern schnelle Lösungen auf Bundes- und Landesebene, damit die Kommunen die Gehälter bezahlen können.](#) Das ist auch im Interesse der Eltern wichtig.

Sachsen braucht auch künftig ein zeitgemäßes Gesamtkonzept für den Kampf gegen die extreme Rechte

Auf Antrag der Linken hat der Innenausschuss Sachverständige zum [Bilanzbericht](#) „Rechtsextremismus mit einem Gesamtkonzept bekämpfen“ angehört – das ist faktisch ein Abschlussbericht, der fast alle Einzelmaßnahmen für „umgesetzt“ erklärt. Von einem



Schlussstrich darf aber keine Rede sein! Sachsen braucht ein Gesamtkonzept für den Kampf gegen die extreme Rechte – es muss weiterentwickelt und konsequent umgesetzt werden. [Ansätze dafür gibt es.](#)

Zahl rechtsmotivierter Straftaten 2024 drastisch angestiegen



Die Zahl rechtsmotivierter Straftaten in Sachsen ist 2024 drastisch angestiegen. Demnach nahm die Polizei im vergangenen Jahr insgesamt 4.200 einschlägige Fälle auf – mehr als elf pro Tag, so viele wie noch nie zuvor im Freistaat. 2023 hatten die Fallzahlen bereits ein extremes Niveau erreicht (2.704). Wir haben es zweifellos mit

einem Flächenphänomen zu tun, gegen das flächendeckend eingeschritten werden muss. [Dazu ist dringend auch eine Neuauflage des Gesamtkonzepts gegen Rechtsextremismus nötig.](#)

Weiter zahlreiche antisemitische Straftaten im Freistaat – doch der Verfolgungsdruck lässt stark nach

Bei der sächsischen Polizei wurden im vergangenen Jahr 267 antisemitische Straftaten bekannt. Die besorgniserregende Entwicklung bei der Verbreitung von strafbarem Judenhass hat im Vergleich zu 2023 kaum nachgelassen. Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 stiegen die Fallzahlen deutlich an – und im Jahr 2024 trat keine Entspannung ein. Die



meisten Fälle werden wie in den Vorjahren als rechtsmotiviert eingestuft.

[Dennoch führt Judenhass in Sachsen nur äußerst selten vor Gericht.](#)

ICE-Anbindung der Landeshauptstadt verbessern, nicht verschlechtern



Sebastian Terfloth, Sese_Ingolstadt, CC-BY-SA-3.0, Wikimedia-Commons

Die [Deutsche Bahn plant](#), die Landeshauptstadt Dresden schlechter per ICE anzubinden. Diese Entscheidung beschädigt nicht nur das Ansehen der Bahn – vor allem macht sie vielen Pendlerinnen und Pendlern sowie weiteren Fahrgästen das Leben schwer. Die Bahn muss Dresden nicht schlechter an den Fernverkehr anbinden, sondern besser! [Wir setzen uns dafür ein, größere Investitionen auch in den Schienenverkehr zu ermöglichen.](#)

Reparaturbonus fortsetzen!

Der [Reparaturbonus](#) wird in Sachsen gut genutzt – die frühere Koalition hatte das Projekt [auf Anregung der Linken](#) eingeführt. Nun [steht es aber womöglich vor dem Aus](#), weil im Landeshaushalt Geld fehlt. Der Bonus wirkt allerdings positiv für die sächsische Wirtschaft und hilft dabei, die Umwelt zu schonen. Deshalb stehen wir Gesprächen mit CDU und SPD



offen gegenüber und wären wie die Grünen-Fraktion bereit, den Weg für eine Verlängerung freizumachen.

Auch das gibt's



Die Bauverzögerungen beim BER und bei der A72 südlich von Leipzig sind Legende, auch die Justizvollzugsanstalt in Zwickau wird viel später fertig. Weniger bekannt ist ein anderes Projekt, das zur Investitionsruine zu werden droht: das „Gemeinsame Kompetenz- und Dienstleistungszentrum“ (GKDZ) in Leipzig. Der Start dieses

Abhörzentrums, in dem Telekommunikationsüberwachungen der Polizeien von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin und Brandenburg stattfinden sollen, werde sich „voraussichtlich um mehrere Jahre verzögern“ – [so Innenminister Schuster](#). Ursprünglich hätte das GKDZ nach einer 2018 begonnenen Aufbauphase und früheren Verzögerungen 2024 startbereit sein sollen. Doch eine 2022 bestellte Spezialsoftware wurde offenbar bis heute nicht geliefert. Einen neuen Termin für die Inbetriebnahme gibt es nicht. Das bislang nutzlose Großprojekt wird noch für unabsehbare Zeit dahinsiechen. Das Innenministerium sollte eine Ausstiegs-Option entwickeln!

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351 4935800
Fax: 0351 4935460
linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook
Folgen Sie uns auf X
Folgen Sie uns auf Instagram
Folgen Sie uns auf Youtube
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:
[Newsletter abbestellen](#)